Bezugspreis für November durch die Post bezogen 2,40 Mk. ausschl. Bestellgeld in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart) „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr), „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat) „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld, Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger, Warendorfer Anzeiger, Westmünsterländer Anzeiger, Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich)
Redaktion und Verlag Gasstinstraße 13 Ecke Hamburger Straße — Fernsprecher Nr. 2118, 2119 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14. Fernspr. Nr. 78. — Rheine, Emsstraße 34 a. Fernspr. 670.
Berliner Redaktion. Paul Fr. Hügen, Berlin SW 48, Hedemannstraße 25. Fernsprecher Hasenheide 883.

Münsterischer Anzeiger
und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Die mm hohe 29 mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg. Bezirks Münster sowie für alle amtlichen Finanz-, Sammel-, Markenartikel- und Veranlagungsanzeigen 15 Pfg. für sonstige Anzeigen aus dem Reg. Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg. bei Barzahlung 7 Pfg. kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlg. 6 Pfg.
Reklamen: Die mm 90 Pfg. (Spaltbreite 90 mm).
Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 12 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe. **Montag, den 21. November 1927** **76. Jahrgang. Nr. 1195**

Verwaltungsrat der Reichspost.

w. **Berlin,** 19. Nov. Im weiteren Verlauf der heutigen Sitzung des Verwaltungsrates der Reichspost gab Staatssekretär Sauter eine genauere Uebersicht über die Finanzen der Reichspost: 238 Millionen Mark seien in Wertpapieren festgelegt, 95 Millionen Mark bei den Staatsbanken der Länder, 117 Millionen Mark seien flüssig in Privatdiskonten vorhanden. Bei einem Ruckgriff auf die Postscheckgelder würde sich der Betrag für den Ankauf von Wechseln vermindern. Durch Inanspruchnahme der Postscheckgelder könne man sich immer nur vorübergehend helfen. Den Ländern könne man das Geld überhaupt nicht wegnehmen. Die Festlegung in Wertpapieren sei auf einen Druck der Reichsbank zurückzuführen. Die Mittel der Post sollten wieder der Wirtschaft zugeführt werden. Die Reichsbank habe das ganze Geschäft vermittelt und würde die Wertpapiere lombardieren. Veräußerungen seien jetzt überhaupt nicht möglich ohne Erschütterungen des Kapitalmarktes. Die Reichsbank hoffe mit der Reichspost, bis Ende März 1928 eine Anleihe für die Post zu erhalten. Reichspostminister Schätzel erklärte zur Preispolitik der Reichspost: Durch zentrale Beeinflussung der Preise sollen alle Chancen der Konjunktur ausgenutzt werden. Die Beschaffung soll in den Bezirken selbst vorgenommen werden, wo die näheren Verhältnisse der beschaffenden Stelle genau bekannt sind. Richtlinien über Preise und Firmen werden aufgestellt werden. Aber auch andere, in den Richtlinien nicht enthaltene Firmen werden berücksichtigt, wenn ihre Preise und Qualitäten dieselben sind.

Der Verwaltungsrat erklärte sich mit der Behandlung der Finanzen durch das Reichspostministerium einverstanden. Er erklärte ferner seine Zustimmung zu den Richtlinien für die Durchprüfung der Deutschen Reichspost durch den Reichssparkommissar. Einigen geringfügigen Aenderungen der Postscheckordnung und der Postordnung, welch letztere sich auf Ermäßigung der Nachgebühren bei nicht oder unzureichend freigemachten Briefsendungen und einige Erleichterungen bei der Aushändigung von Postsendungen beziehen, wurde zugestimmt, ebenso der Einbeziehung von Mainz und Wiesbaden sowie von Hamburg und Harburg-Wilhelmsburg und Moorburg (Bez. Hamburg) in den gegenseitigen Ortsverkehr.

Den Beschwerden der Landbevölkerung über die jetzige Handhabung des Landzustelldienstes will die Deutsche Reichspost durch eine aus volkswirtschaftlichen und verkehrspolitischen Gründen notwendige Neuregelung des Landpostdienstes entgegenkommen, deren Grundzüge sind: Ersatz der Marschleistung des Landzustellers, soweit die Wege es gestatten, durch Kraftwagenfahrten, zweimalige Fahrten täglich, Anpassung der vorhandenen Postanstalten an die veränderten Verhältnisse, Einrichtung von kleinen Poststellen mit voller Annahmebefugnis, Ausführung der Zustellung im Anschluß an die Hauptfahrt, Gelegenheit zur Abholung der Sendungen im Anschluß an die andere Fahrt. Die Versuche sollen Anfang 1928 in 23 Oberpostdirektionsbezirken bei etwa 60 Postämtern vorgenommen werden; von ihrem Ergebnis hängt die allgemeine Durchführung des Plans ab, die für die nächsten 5—6 Jahre gedacht ist. Der Verwaltungsrat stimmte dem geplanten versuchsweisen Vorgehen zu.

Der Geschäftsbericht der Versorgungsanstalt der Deutschen Reichspost nebst einigen Satzungsänderungen wurde zur Kenntnis genommen und gebilligt.

Auf Grund der vom Rechnungshof des Deutschen Reichs geprüften, mit Denkschrift und Bemerkungen versehenen Jahresrechnung der Deutschen Reichspost für 1924 erteilte der Verwaltungsrat Entlastung für diese Jahresrechnung.

Für die Bekenntnisschule.

Kundgebung der Berliner Katholiken.

Berlin, 17. Nov. Alljährlich am Bußtag versammeln sich die Berliner katholischen Vereine zu einem Vereinstag, so auch am Mittwoch. Diese Veranstaltung wurde zu einer begeisterten Kundgebung der Katholiken Berlins für die Erhaltung der katholischen Bekenntnisschulen für die katholischen Kinder. Unter den Erschienenen bemerkte man den Weihbischof Dr. Deitmer, außerdem als Ehrengäste Reichsarbeitsminister Brauns, Reichspostminister Schätzl, den preußischen Justizminister Schmidt sowie zahlreiche Parlamentarier. Reichskanzler Marx, der durch seine Reise verhindert ist, hatte ein Telegramm gesandt, in dem er den treukatholischen Eltern Berlins, die so mutvoll für die katholische Schule eintreten, herzlichen Gruß sendet. Wenn wir einmütig wollen und tatkräftig handeln, so sagt Marx, wird der Sieg unser sein.

Nach einem Referat des Pfarrers Baron und einer Ansprache des Weihbischofs Dr. Deitmer, wurde eine Entschließung angenommen, in der im Hinblick auf die Verhandlungen über den neuen Schulgesetzentwurf für unsere kath. Kinder die kath. Schule gefordert u. mit Entschiedenheit verlangt wird, daß keine andere Schulart vor ihr ein Vorrecht erhält. Gefordert wird die Bekenntnisschule:

1. um die ersten und heiligsten Rechte auf das Kind, die Rechte Gottes, zu sichern;
2. um das zeitliche und ewige Glück der Kinder zu begründen;
3. um die natürlichen Rechte der katholischen Eltern zu wahren;
4. um der Kirche den ihr auf Grund göttlichen Rechtes zustehenden Einfluß zu gewährleisten;
5. um dem deutschen Vaterlande Männer und Frauen zu erziehen, die aus ihrer religiösen Überzeugung zu jedem Dienst und Opfer für Volk und Staat bereit sind.

Der 32. Berliner Vereinstag ist davon überzeugt, daß nur die Bekenntnisschule der Jugend den Geist vermittelt, der zur Bildung wahrer Volksgemeinschaft führt. Der Vereinstag erwartet von den katholischen Volksvertretern, daß sie nicht nur jede Verschlechterung des Reichsschulgesetzentwurfes mit aller Entschiedenheit bekämpfen, sondern sich für eine Verbesserung desselben kraftvoll einsetzen.

Dr Mulert gegen Dr Schacht.

z **München,** 19. Nov. (Tel.) In der heutigen Sitzung des bayerischen Städtebundes wandte sich der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, nachdrücklich gegen die Bochumer Rede des Reichsbankpräsidenten über die Auslandsverschuldung der öffentlichen Hand, insbesondere der Gemeinden. Die Auslandsanleihen der Gemeinden, betonte Dr. Mulert, machten kaum mehr als 10 Prozent der gesamten langfristigen deutschen Auslandsverschuldung aus. Sie seien lediglich für produktive und wertschaffende Zwecke, vor allem für die großen Versorgungsbetriebe der Gemeinden, aufgenommen. Sie dienten ausschließlich der wirtschaftlichen Rationalisierung. Die dadurch geschaffenen Beträge bedeuteten eine Entlastung, nicht eine Belastung des Steuerzahlers. Völlig unrichtig sei der Gedanke, daß bei Einstellung sogenannter nicht dringlicher Ausgaben von einer Aufnahme gemeindlicher Auslandsanleihen abgesehen werden könne. Ein großer Teil dieser Ausgaben sei im Einverständnis von Reich und Ländern im Interesse der breiten Schichten der Bevölkerung, insbesondere auch der Erwerbslosenfürsorge von den Gemeinden gemacht worden. Wolle man hierzu ein kritisches Urteil abgeben, so müsse man jeden Fall genau prüfen und dürfe nicht blind verallgemeinern. Die Gemeindewirtschaft sei ein Teil der Gesamtwirtschaft. Ihre Knebelung müsse sich für die Gesamtheit verhängnisvoll auswirken.

Höpker-Aschoff über die Besoldungsreform.

tu. **Dortmund,** 20. Nov. In einer Versammlung des Deutschen Beamtenbundes sprach am Sonntag der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff über die Besoldungsregelung in Preußen und im Reich und führte dabei u. a. folgendes aus: Das bisherige System hat an schweren Mängeln, insbesondere durch die Art der Auffüllung der Schlüsselung, gelitten. Eng mit dem alten System war das Bestreben nach Titulierung verbunden. Mit der in den letzten Jahren überhand nehmenden Titulierung hat sich die Beamtenschaft weder im In- noch im Ausland Ruhm und Anerkennung erworben. Die Titelsucht hat ihr aber schweren Schaden zugefügt und sie in den Augen aller verständigen Leute lächerlich gemacht. Ein weiterer Nachteil der früheren Regelung war, daß man mit den dreizehn Gruppen ein fast bis ins Unendliche gehendes Spiel von Variationen und Kombinationen treiben konnte. Es soll der Gedanke intensiver verfolgt werden, daß mittleren Beamten die Möglichkeit zum Aufstieg in die höheren Gruppen gegeben wird. Die Frage, ob denn die neue Besoldungsordnung nur auf die Staatsbeamten beschränkt werden soll und man die Neuregelung bei den Kommunalbeamten den Kommunalverwaltungen und Stadtverordnetenkollegien überlasse, ist im Ministerium eingehend erörtert worden mit dem Ergebnis, daß mit der Neuregelung für die Staatsbeamten den Gemeinden und Gemeindeverbänden die Verpflichtung gegeben wird, die Bezüge ihrer Beamten entsprechend den Grundsätzen des neuen Gesetzes zu regeln. Bei dem Maß der Aufbesserung walte in der Oeffentlichkeit noch ein großer Irrtum ob. Im Durchschnitt beträgt die Aufbesserung 16½ und zwar bewegt sie sich von rund 12 v. H. bei den höheren Gruppen, bis zu 33,1 v. H. bei den unteren Gruppen. Die Besoldungserhöhung erfordert für das gesamte Reich eine Ausgabe von einviertel Milliarden und für Preußen 193 Millionen Mark. Die Notwendigkeit einer Besoldungsaufbesserung ist in Preußen schon lange erkannt worden. Daher hat man auch in der Finanzwirtschaft des Staates systematisch darauf hingearbeitet, daß der jetzige Etat, der die Besoldungsaufbesserung enthält, nicht nur rein äußerlich im Gleichgewicht ist.

Wenn man während der Arbeiten an der Neuregelung über den ursprünglich festgesetzten Betrag von 160 Millionen Rm. hinausgegangen ist, so geschah dies aus rein politischer Erwägung. Man ist bis an die äußerste Grenze des finanziell Möglichen gegangen.

Mit all diesen Fragen stehe die Frage der Verwaltungsreform in engem Zusammenhang. Die Notwendigkeit der Reform liege auf der Hand. Doch müsse man auf ihre finanziellen Auswirkungen achten. Die Lehrerschaft und die Schutzpolizei können keinen Abbau vertragen. Viel größer wäre jedoch die finanzielle Auswirkung, wenn man sich zu einer vernünftigen Neugliederung entschließen könnte. Hier liege eine große Aufgabe, an der die Beamtenschaft in ihrem eigenen Interesse tatkräftig mitarbeiten müsse.

Zur Frage der örtlichen Sonderzuschläge erklärte der Minister, daß diese Zuschläge bei der Vereinheitlichung, wie sie durch die neue Besoldungsordnung erreicht werden soll, nicht aufrecht zu erhalten seien. Im Hinblick auf die besonderen Lebensbedingungen des Westens müsse man allerdings den Abbau der Sonderzuschläge vorsichtig und behutsam vornehmen. In der äußerst regen Aussprache trat der Vorsitzende des Industriekartelles des Beamtenbundes, Duske-Duisburg, entschieden für die ungekürzte Beibehaltung der örtlichen Sonderzuschläge ein. Der Minister versprach in seinem Schlußwort, daß er bei den Beratungen über die Besoldungsordnung diese Wünsche mit in den Kreis der Erörterungen ziehen werde.

Eine katholische Akademie für Lehrerinnen in Köln.

Berlin, 19. Nov. Von unterrichteter Seite wird bestätigt, daß das preußische Unterrichtsministerium beabsichtigt, in Köln eine besondere pädagogische Akademie für weibliche katholische Studierende zu errichten und die Mittel dafür im neuen preußischen Etat anzufordern. Bisher habe, so wird hinzugefügt, eine Ausbildungsmöglichkeit für weibliche katholische Lehramtsbewerber nicht bestanden, da von den vorhandenen vier Akademien zwei der Ausbildung evangelischer Lehrer und Lehrerinnen dienten, die dritte (in Frankfurt a. M.) simultan sei und an der katholischen Akademie in Bonn nur männliche Studierende zugelassen seien. Der Antrag des Preußischen Landtags, auch für weibliche katholische Lehrkräfte eine Ausbildungsmöglichkeit zu schaffen, sei von zwei Gesichtspunkten ausgegangen, ganz allgemein von der Notwendigkeit einer solchen Bildungsstätte, zum andern von dem Gedanken der Koedukation. Die erste Notwendigkeit sei ohne weiteres anerkannt worden. Gegen die Koedukation hätten sich aber weite katholische Kreise gewandt, und da die ganze Frage der Lehrerausbildung zurzeit im Stadium des Versuchs sei, und da man weiter beabsichtige, verschiedene Typen von Akademien zu erproben, habe das Staatsministerium beschlossen, für die weiblichen katholischen Studierenden eine besondere Akademie einzurichten.

Ueber die Eingemeindungspläne im Ruhrkohlengebiet

Regierungspräsident Dr. Amelunxen: Weitere Eingemeindungspläne müssen von den Behörden ignoriert werden.

Es dürfte interessant sein, die Stellungnahme des Regierungspräsidenten von Münster Dr. Amelunxen zu den zahlreich bestehenden Eingemeindungsplänen im Ruhrkohlengebiet kennen zu lernen, die er einem Journalisten aus dem Ruhrgebiet bei einem Interview mitteilte. Dr. Amelunxen ist bekanntlich ein vortrefflicher Kenner des Ruhrgebietes wie auch der übrigen Provinzen aus seiner früheren Berliner Tätigkeit her. Seine Stellungnahme ist deshalb objektiv. Bekannt ist seine damalige Stellungnahme in der Eingemeindungsfrage von Horst-Emscher, als er die Vereinigung von Horst mit Buer hinsichtlich des Zweckverbandes befürwortete. Über die Verschmelzung der Städte Gelsenkirchen und Buer sowie der Gemeinde Horst-Emscher äußerte er sich ablehnend und stellte in Aussicht, daß diese Vereinigung vom Landtag nicht gebilligt werden würde. Die Unterhaltung beim Regierungspräsidenten ergab etwa folgendes:

Im gesamten Ruhrkohlenbezirk bestehen zur Zeit wohl in jeder Stadt Eingemeindungspläne, die teils in der Öffentlichkeit bekannt sind, teils noch im Schoße einiger Verwaltungen ruhen. Dabei sind viele Pläne so seltsam und eigenartig, daß ihre Irrealität von vornherein offen zu Tage tritt. Man kann tatsächlich von einer Eingemeindungsmanie sprechen, die zumeist dem Ehrgeiz der Oberbürgermeister entspringt. Oft fehlen die wahren Gründe für diese Pläne, oft sind sie auf die Wirtschaft zurückzuführen. Namentlich im West Recklinghausen besteht eine ausgesprochene Eingemeindungspsychose. Man muß hier bedenken, daß die Städte erst jung sind und eine kostspielige Politik getrieben haben, die oft verfehlt war. Die Drosselung der Lohnsummensteuer kann kein Grund für weitere Eingemeindungen sein, sie erzieht nur zu Sparmaßnahmen, die in allen deutschen Städten notwendig sind. Der Regierungspräsident erwähnte ein Beispiel aus Köln, als dort vor kurzem ausländische Oberbürgermeister bei einer Besichtigung kundgeben, daß in ihren Städten solche Pläne nicht möglich sind. Die Höhe der Lohnsummensteuer muß herabgesetzt werden, da sie sonst die Wirtschaft zu sehr belastet. In den westlichen Mittelstädten wird auch bekannt, daß die Senkung der Lohnsummensteuer weniger empfindlich sei als die Unterhaltung der Krisenfürsorge. Es steht auch fest, daß der größte Prozentsatz des Einkommens der Städte für Zwecke verwandt wird, die durchaus nicht notwendig sind. Die zahlreichen Eingemeindungspläne haben in den Städten eine große Unruhe erregt, die wirkungsvolle Arbeit unterbindet, da keine Stadt weiß, ob nicht morgen schon neue Eingemeindungspläne an sie herantreten. Vor allem muß Ruhe hergestellt werden und die Entwicklung der ersten 10 bis 15 Jahre abgewartet werden. Der Herr Regierungspräsident äußerte, daß nach der Erledigung der Frage Gelsenkirchen-Buer-Horst und der übrigen von der Regierung behandelten Fragen sämtliche Eingemeindungspläne bei den Behörden ignoriert werden müßten. Nur so könne den Auswüchsen dieser Zeit Einhalt geboten werden.

Über die Eingemeindungsfrage Gelsenkirchen-Buer-Horst führte er aus, daß nach seiner Erkenntnis ein Zusammenwachsen dieser Gemeinde nicht möglich wäre. Zwischen Gelsenkirchen-Buer wie Gelsenkirchen-Horst bestehe eine Industriezone, die noch weiter ausgebaut würde und eine zweckmäßige Vereinigung unterbinde, zumal auch für diese Vereinigung keine Grundlagen siedlungstechnischer Art vorhanden seien. Er halte diese Vereinigung auch für ein unglückliches Gebilde, das wahrscheinlich nicht kommen werde. Die Regierung habe, weil von Buer und von Gelsenkirchen auf eine spätere Vereinigung hingewiesen worden sei und die Stadt Gelsenkirchen Siedlungsgelände benötige, die direkte Vereinigung angeregt. Nun erhebe die Buersche Bevölkerung starke Opposition, die wohl nicht wirkungslos sein wird obwohl hier die Erkenntnis der Ergebnislosigkeit dieser Bemühungen dazu führte, mit weitgehenden Dingen zu operieren, um hierdurch noch zu retten, was zu retten ist, oder diese Angelegenheit hinauszuzögern. Auch der Polizeipräsident Stieler habe in dieser Frage aus zweifellos objektiven Gründen eine ablehnende Stellung eingenommen. Zudem werde der Landtag kurz vor den Wahlen eine solche Frage nicht bejahen, eher verneinen oder für später zurückstellen. Der Staatsrat, bei dem die Städte großes Übergewicht haben dürfte, wohl die Vereinigung befürworten, doch sei der Spruch des Staatsrates von keiner endlich bindenden Wirkung. Voraussichtlich würde also die Vereinigung von Gelsenkirchen-Buer-Horst im Rahmen des Zweckverbandes erfolgen.

Eine weitere Frage war, wie die Auswirkungen dieser Vereinigung sein würden. Es liegt nahe anzunehmen, daß die Nachbarstädte wie Gladbeck und Bottrop, noch infolge der Steuerdrosselung zu weiteren Vereinigungen unter sich schreiten müssen, und daß insofern die Vereinigung der Städte Gladbeck, Bottrop und der Gemeinde Kirchhellen zustande kommen. Diese Frage ist bekanntlich bereits aufgeworfen worden, sind aber bei allen Interessenten Ablehnung. Nach Ansicht des Regierungspräsidenten ist diese Möglichkeit wohl gegeben, doch noch sehr inaktuell, da mit der Frage Kirchhellen auch gleichzeitig Eingemeindungsbestrebungen im rheinländischen Gebiete auftreten werden. Denn mit der Vereinigung von Gladbeck und Bottrop kann nicht die ganze Gemeinde Kirchhellen einbegriffen werden, da auch Dinslaken stark an Kirchhellen interessiert ist. Diese Frage dürfte also wohl deshalb nicht angeschnitten werden, um nicht die Eingemeindungsangelegenheiten auch auf rheinländisches Gebiet hinüberzuspielen. Die Städte Gladbeck und Bottrop sind auch wirtschaftlich so gefestigt, daß sie der Konkurrenz von Gelsenkirchen wohl widerstehen können, zumal ja eine starke Bindung bei den angehenden Gemeinden in Groß-Gelsenkirchen nicht eintritt.

Die neuere Eingemeindungssensation ist die erörterte Vereinigung von Recklinghausen, Herne, Castrop-Rauxel, Wanne-Eickel und Herten. Der Herr Regierungspräsident bezeichnete diesen Plan als völlig aussichtslos und ungerechtfertigt. Man denke sich dieses Gebilde als eine Stadtgemeinde, deren Teile durch ausgedehnte Landflächen durchbrochen sind. Auf Jahrzehnte hinaus sei kein annehmbarer Zusammenhang zu erwarten, der heute vollständig fehlt. Es sei gänzlich ausgeschlossen, daß die Vereinigung vollzogen werden könne. Dieser Plan, von Recklinghausen ausgehend, sei wahrscheinlich auf die wirtschaftliche Lage der Stadt zurückzuführen, die aber zu dieser Maßnahme keinen Anlaß gebe. Der Regierungspräsident sei über die Vermögensverhältnisse der Stadt Recklinghausen gut informiert. Die Stadt habe einen großen Besitz an ausgedehnten Grundstücken, wenngleich ihr im Augenblick Barmittel fehlen. Man solle aber bei diesem augenblicklichen Übelstand keine übereilten Pläne schmieden. Zwar müsse die Stadt Recklinghausen vorerst äußerste Sparmaßnahmen ergreifen, wie sie aber überall notwendig sind. Man sieht hieraus, daß die Eingemeindungsmanie viele unsinnige Pläne zu Tage fördert.

Es kam noch der Auflösungsplan von Groß-Marl zur Aussprache. Die in Groß-Marl ansässigen Industriekonzerne haben bei einer Besprechung über den Generalbebauungsplan von Marl, an der die Vertreter der Gemeindeverwaltung und als Vertreter der Industrie die Herren Kraß, Baldermann, Stein, Haverkamp u. a. teilnahmen, durchblicken lassen, daß sie für die Zukunft eine Aufteilung von Groß-Marl planen, dergestalt, daß die Aufteilung nach Dorsten, Haltern, Recklinghausen und Buer geschehen soll, während Marl und Hüls als Kern mit den Zechen der Rheinischen Stahlwerke und der Bayr. Farbenwerke bestehen bleiben sollen. Der Herr Regierungspräsident bemerkte hierzu, daß unter den Wirtschaftsvertretern in dieser Frage Uneinigkeit bestehe, und die Zechen nördlich von Dorsten — Waldur und Fürst Leopold — gegen den Zusammenschluß zu einem größeren Dorsten seien. Im allgemeinen bestehe bei der Wirtschaft wie bei den Kommunen noch eine Reihe mannigfacher Umgemeindungspläne. Bestimmt zu erwarten sei die Vergrößerung von Dorsten nach Gahlen zu, das etwa bis zum Rehrbach mit Dorsten vereinigt würde. Die Zweckmäßigkeit dieser Maßnahme sei auch vom Regierungspräsidenten von Düsseldorf anerkannt worden. — In der Frage von Groß-Marl wurde darauf hingewiesen, daß alle Pläne der kommunalen Gestaltung durchaus unsicher sind. Bekanntlich hat der Ruhrsiedlungsverband bei der Aufstellung des Generalbauungsplanes von Groß-Marl größte Sorgfalt angewendet und als Vorbild hingestellt. Man bezweckte, der Gemeinde Groß-Marl ob ihrer zukünftig großen industriellen Bedeutung ein äußerst zweckdienliches und systematisches Siedlungs- und Bebauungsgepräge zu geben. Dabei waren natürlich Voraussetzung Ungeteiltheit und fortdauernder Bestand. Wie aber ersichtlich, beabsichtigt man vorzeitige Aufteilung, welche den weiteren planmäßigen Ausbau unsicher macht, wenn nicht vereitelt.

Daß die Wirtschaft auf die kommunale Gestaltung wirklich großen Einfluß hat, kann man leicht aus der Absicht der Städte Oberhausen, Sterkrade und Osterfeld entnehmen, die unter sich eine Verschmelzung erstreben. Die Wege zu der kommenden „Gutehoffnungsstadt" haben sich bereits geebnet und namentlich von Osterfeld geht das Bestreben aus, sich noch schnell zu einer gefestigten Stadt auszubauen. Der Herr Regierungspräsident äußerte, daß diese Vereinigung für Osterfeld wohl zu rechtfertigen sei; denn Osterfeld sei doch keine Stadt. Osterfeld habe das Gepräge eines auseinandergerissenen Dorfes, mit einem äußerst engen Kern, so daß es durchaus nicht als Stadt gelten könne. — Die wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen diesen Städten sind klar und deutlich zu erkennen und die baulichen und siedlungstechnischen Zusammenhänge können noch erwartet werden. Ob es aber Zweck hat, große Mammutstädte zu bilden, ist in diesem Falle eine noch zu prüfende Frage.

Die Eingemeindungspläne von Dortmund sind von der Regierung ausnahmsweise genehmigt worden. Die Stadt Hörde hat aber gegen die Zusammenlegung mit Dortmund Widerspruch erhoben, und es dürfte aus bei der Frage Gelsenkirchen-Buer-Horst bereits erwähnten Gründen zu erwarten sein, daß auch dieser Plan vom Landtag nicht in gewünschter Form verabschiedet wird. Die Pläne von Duisburg wurden in diesem Zusammenhange gleichfalls erwähnt. Hier hat die Regierung den Wünschen einer großen Stadt nicht ganz willfahren, obgleich, auch hier, auf linksrheinischem Gebiet, größere zusammenhängende Eingemeindungsfragen bestehen. Man könnte fast sagen, in ganz Rheinland und Westfalen haben sich Umgemeindungspläne größten Stils in Begleitung von Kämpfen und Reibung ergeben, die nach Ansicht des Herrn Regierungspräsidenten Dr Amelunxen von allen Behörden unbeachtet bleiben müssen. Dem gleichfalls erwähnten Ruhrstadtplan könnte er nur wenig gute Seiten abgewinnen.

Was geht im Westfälischen Bauernverein vor?

Es wird uns geschrieben:

Unter dieser Ueberschrift befindet sich in der Kölnischen Zeitung eine Zuschrift, die wir nachstehend zum Abdruck bringen:

„Das Organ des Westfälischen Bauernvereins, der Westfälische Bauer, bringt einen Alarmartikel über „Parteipolitik gegen berufsständische Organisationen", der sich mit den Versuchen der Zentrumspartei beschäftigt, den Westfälischen Bauernverein unter ihre Botmäßigkeit zu bringen. Was liegt dem zugrunde?

Am 31. Oktober tagte in Hamm der Landwirtschaftliche Beirat der Westfälischen Zentrumspartei. Bei dieser Tagung wurde heftig gegen die **Einstellung des Westfälischen Bauernvereins** geredet, die als für die Zentrumspartei unerträglich bezeichnet wurde. Eine Aenderung wurde als notwendig bezeichnet; der Abgeordnete Herold verstieg sich sogar zu der Forderung des Rücktritts des Freiherrn v. Kerckerinck. Diese Erörterungen wurden in Zusammenhang gebracht mit dem Auftreten des demokratischen „Bauernbundes", der Provinzialorganisation der Deutschen Bauernschaft in Westfalen, der, dem katholischen Charakter der bäuerlichen Bevölkerung entsprechend, in Westfalen im Gewande des Zentrums auftritt und von einigen Zentrumsabgeordneten stark gefördert wird. Die Partei hat einen Ausschuß eingesetzt, die **Eingungsverhandlungen zwischen dem Westfälischen Bauernverein und dem demokratischen Bauernbund** pflegen soll zu dem offenbaren Zweck, dabei einen Bauernverein herauszudestillieren, der ganz im Fahrwasser des demokratischen Zentrums segelt. Ueber die Personalien bei dieser neuen Organisation verlautet das folgende: Freiherr v. Kerckerinck soll beseitigt werden, an seine Stelle soll ein ausgesprochener Parteimann treten, man sprach von den Abgeordneten Schmelzer, Borneseld-Ettmann und Roeingh. An die Stelle des Generalsekretärs Löwenkamp soll der früher beim Bauernverein ausgeschiedene, jetzt als Geschäftsführer des demokratischen Bauernbundes in Westfalen tätige Dr. Lünenborg treten."

Die Westfälische Landeszeitung bringt die Zuschrift am gleichen Tage; sie fügt ihr einen aufgeregten Schlußsatz zu, den wir unsern Lesern nicht vorenthalten möchten.

„Von großem Interesse für die breiteste Oeffentlichkeit wird es sein — und darin liegt die politische Bedeutung der Angelegenheit — ob der **Westfälische Bauernverein die Kraft aufbringt,** dieser Parteiintriguen Herr zu werden, und sich als unabhängige berufsständische Organisation zu behaupten, oder ob er dem Druck der Partei erliegt. Geschieht das letztere, so ist unzweifelhaft jene Rolle als Machtfaktor und als unabhängiger Vertreter landwirtschaftlicher Belange für immer ausgespielt."

Es ist richtig, daß sich der Landwirtschaftliche Beirat der Westfälischen Zentrumspartei in seiner Sitzung vom 31. Oktober mit dem Westfälischen Bauernverein beschäftigte; Ausgangspunkt der Diskussion war die in weiten Kreisen der westfälischen Landwirtschaft herrschende Unzufriedenheit mit der Haltung des Westfälischen Bauernvereins in den letzten Jahren, insbesondere der Führung des Vereins durch seinen derzeitigen Vorsitzenden; es wurde festgestellt, daß das Ansehen und die Verbreitung des Westfälischen Bauernvereins in stetem Rückgang begriffen sind; die Mitgliederzahl hat, leider, eine ganz erhebliche Verminderung erfahren. Die Aussprache hat sich, was wir nicht scharf genug erklären können, gar nicht mit der Zerschlagung des Westfälischen Bauernvereins beschäftigt; an eine solche Zerschlagung denkt kein Mensch; am wenigstens der Landwirtschaftliche Beirat der W. Z. P. Die Aussprache war, das muß gegenüber der tendenziösen Zuschrift der Kölnischen Zeitung und der Westfälischen Landeszeitung betont werden, nur von dem Gesichtspunkte geleitet: Wie wird der Westfälische Bauernverein wieder zu einer berufsständischen Organisation, die die westfälische Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit umschließt. Das „Herausdestillieren" eines Westfälischen Bauernvereins, der „ganz im Fahrwasser des Zentrums und der demokratischen Partei segelt", ist die Destillation des Mannes, der seine Zuschriften an die Kölnische Zeitung und die Westfälische Landeszeitung richtete.

Daß man sich mit der Person eines Nachfolgers für den derzeitigen Präsidenten des Westfälischen Bauernvereins beschäftigt habe, ist eine glatte Unwahrheit. Diese Frage ist mit keinem Wort erörtert worden; die Abgeordneten Schmelzer, Borneseld-Ettmann und Roeingh werden nicht wenig verwundert sein, wenn man sie in den vorerwähnten Zuschriften als im Kreise des Landwirtschaftlichen Beirats der W. Z. P. „besprochene" Nachfolger bezeichnet. Die Behauptung, daß der Ersatz des derzeitigen Generalsekretars des Westfälischen Bauernvereins durch den Geschäftsführer des „Demokratischen Bauernbundes in Westfalen" beabsichtigt sei, ist die zweite Unwahrheit. Der Landwirtschaftliche Beirat der W. Z. P. hat sich mit den Beamten des Westfälischen Bauernvereins nicht beschäftigt. Sie sind in der Diskussion überhaupt nicht erwähnt worden.

Der sittlich entrüstete Zusatz der Westfälischen Landeszeitung nötigt zu einem Lächeln. Kein Mensch denkt daran, den Westfälischen Bauernverein einem „Parteidruck" erliegen zu lassen. Das gerade Gegenteil ist der Fall, gerade der Landwirtschaftliche Beirat der W. Z. P., und mit ihm die Gesamtheit der westfälischen Zentrumswählerschaft, wünschen dringlichst, daß der Westfälische Bauernverein eine unbedingt unabhängige berufsständische Organisation bleibt und sich weder in das Fahrwasser der einen noch der anderen Partei bringen läßt. Was gerade zu diesem Kapitel zu sagen wäre, ist der Leitung des Westfälischen Bauernvereins oft genug gesagt worden. Wir brauchen heute nicht deutlicher zu werden.

Zur Wahlfrage.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" (Nr. 68) wendet sich gegen die Annahme, daß bei einer Neuaufteilung besonders der westdeutschen Stimmbezirke in Einmann-Wahlkreise derartig viel Stimmen für die Reichsparteien verloren gehen müßten, daß sie einer entscheidenden Reihe von Mandaten dadurch verlustig gehen würden. Angesichts der wahlpolitischen Interessenlosigkeit der Wähler sei die Gefahr großer Mandatsverluste trotz des Listenwahlsystems besonders für die nationalen Parteien in Westdeutschland viel größer. Bei Betrachtung dieser Seite der sogenannten „Wahlmüdigkeit" würden sich die Rechtsparteien vielleicht doch etwas mehr mit der so absolut notwendigen Wahlgesetzreform befreunden.

Wir begrüßen diese Stellungnahme, die zu erkennen gibt, daß nun auch von einer Seite, die bisher sehr zögernd an die Erörterung der Wahlfrage herangegangen ist, die Notwendigkeit der Behandlung dieses Problems betont wird. Gerade das Ergebnis so mancher in den letzten Wochen vorgenommenen Wahlen zeigt deutlich den Mangel einer engen Verbindung zwischen Wählerschaft und Kandidaten, und diese engere Verbindung herzustellen, müssen Mittel und Wege gesucht werden, um das Interesse der Bürger an den politischen Wahlen zu beleben.

Die Novelle zum Mieterschutzgesetz.

vdz Berlin, 19. Nov. (Tel.) Im Wohnungsausschuß des Reichstages verteidigte Abg. Dr. Steiniger (Dn.) die Bestimmung der Novelle zum Mieterschutzgesetz, wonach der Gerichtsschreiber die Zulässigkeit des Kündigungsschreibens prüfen soll. Er machte besonders darauf aufmerksam, daß es sich nicht um eine Prüfung der Gründe für die Kündigung handele und daß aus diesem Verfahren keine Kosten entständen, während im Gegensatz dazu die von den Oppositionsparteien verlangte Entscheidung des Einzelrichters Kosten verursachen würde. Der Redner legt allerdings eine Streichung dieser Bestimmung an, falls das möglich sei. Abg. Tremmel (Ztr.) schloß sich der Auffassung des Vorredners an und nahm den preußischen Wohlfahrtsminister in Schutz, der zweifellos die preußische Lockerung der Zwangswirtschaft nicht ohne Zustimmung des Gesamtkabinetts vorgenommen habe. Abg. Höllein (Kom.) vermißte in dem Musterformular für das Kündigungsschreiben einen Hinweis darauf, daß die Fürsorge-Pflicht der Gemeinden durch die Kündigung nicht berührt werde. Abg. Lipinski (Soz.) blieb bei der Auffassung, daß dem Gerichtsschreiber durch Novelle auch die Prüfung materieller Rechtsvorschriften übertragen werde. Er forderte bis zur zweiten Lesung eine Erhebung bei den Großstädten über die Zahl der Räumungsklagen infolge der letzten Novelle, über die Zahl der Wohnstreuungen und der Räumungen, die durch die soziale Fürsorge abgewendet worden seien. Abg. Domsch-Dresden (D. N.) trat für die Vorlage ein. Er führte einen Fall an, wo ein Hausbesitzer eine angebliche Dame, die tatsächlich ein Bordell in seinem Hause einrichtete, nur mit größter Mühe habe exmittieren können. Abg Dr. Jörrissen (W. P.) hielt die vom Abg. Lipinski (Soz.) geforderte Auskunft für überflüssig. Könne der Mieter nicht zahlen, so dürfe man die Lasten nicht dem Vermieter aufbürden, sondern der Stadt. Abg. Beithien (D. V.) trat für die Regierungsfassung ein. Er glaubte, daß die Mieter, die ja während der Zwangswirtschaft geschützt worden seien, ihre Rechte wohl wahren könnten. Abg. Winnefeld (D. V.) behauptete, die Städte mit Linksmehrheiten sorgten nicht für die unbemittelten Mieter, sondern überließen den Wohnungsbau für diese dem privaten Hausbesitz. Abg. Nowack (Soz.) erwiderte, die Gemeinden gäben sich die größte Mühe. Er regte an, den Sühnetermin kostenfrei zu gestalten. Abg. Lipinski (Soz.) betonte, daß nur 15 Prozent der 13,4 Millionen Haushaltungen in eigenen Häusern wohnten. Für die übrigen 11 Millionen Mieter sei diese Novelle zugeschnitten. Da sei es Pflicht der Linken, für die Mieter einzutreten. Ministerialrat Brandis versicherte die Bereitwilligkeit der Regierung, das Formular so auszugestalten, daß der Mieter auf alles hingewiesen wird, was zur Vermeidung von Rechtsnachteilen erforderlich sei, namentlich auch darauf, wie er den Widerspruch einlegen müsse. Man könne auch einen Hinweis auf die Fürsorgetätigkeit der Gemeinden erwägen, damit bedürftige Mieter wüßten, wohin sie sich zu wenden hätten. Zu prüfen werde auch sein, ob die Frist, innerhalb deren der Mieter durch nachträgliche Zahlung die Räumung abwenden könne, nicht für den Fall verlängert werden könne, in dem die Fürsorgebehörde die Tilgung des Rückstandes zusage. Im übrigen erklärte er sich mit der Reichsregierung bereit, noch weiteres zahlenmäßiges Material zur Verfügung zu stellen, soweit er es erhalten könnte. Nächste Sitzung Mittwoch, den 23. November.

Deutsches Reich.

Die Abstimmung über das Preußische Studentenrecht.

w Berlin, 20. Nov. Bei einer Besprechung zwischen den Rektoren der Preußischen Hochschulen und dem Kultusminister Dr. Becker ist laut „Täglicher Rundschau" als Termin für die Abstimmungen der Preußischen Studentenschaften über das neue Studentenrecht einheitlich der 30. November 1927 festgesetzt worden. Lediglich die Studentenschaft der Universität Berlin wird mit Rücksicht auf deren besondere Verhältnisse einige Tage später abstimmen.

*

Man teilt uns mit:

Die Fraktion des Verbandes katholischer Studierender der Studentenschaft der Universität Münster (Westf.), auf der die K. V. K. V. Germania, Cimbria, Osning und Ravensberg vertreten sind, und die über die Mehrheit in der Kammer der münsterischen Studentenschaft verfügt, hat sich bereits einstimmig für das neue preußische Studentenrecht entschieden, trotz schwerwiegender Bedenken gegen die durch die neue V. O. geschaffene Einschränkung der Selbstverwaltung.

Aus aller Welt.

Regierungskrise in Belgien.

tu. Brüssel, 20. Nov. Die Krise innerhalb des belgischen Kabinetts hat sich weiter verschärft. Sie ist in der Hauptsache auf die Unstimmigkeiten über die Militärvorlage zurückzuführen. Der Ministerrat wird morgen darüber beraten. Der Vorschlag Jaspars, einen Sonderausschuß zur Prüfung der Frage der Militärdienstzeit einzusetzen, wird voraussichtlich von den Sozialisten abgelehnt werden. Man rechnet daher mit dem Rücktritt der sozialistischen Minister.

In Pariser politischen Kreisen ist man der Anschauung, daß die belgische Regierung über die Militärfrage fallen werde. Man beschäftigt sich bereits lebhaft mit der Frage ihrer Nachfolgeschaft. Der „Intransigeant" glaubt mitteilen zu können, daß ein politisch-farbloses Ministerium Theunis gebildet werden wird, dessen Hauptaufgabe es wäre, den Franken zu stützen. Die Mitarbeiter Theunis würden außerhalb der Partei engewählt werden. Ein solches Ministerium würde in aller Ruhe die Wahlen für die Kammer und den Senat vorbereiten können, die zur gleichen Zeit wie in Frankreich, also im Mai 1928, stattfinden werden.

Sonderaufträge Litwinows für Genf.

tu. Kowno, 20. Nov. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Vollzugskomitee der Sowjetunion die Bildung der Delegation für die Abrüstungskonferenz, an deren Spitze bekanntlich Litwinow steht, bestätigt. Die Delegation wird voraussichtlich am 28. November in Berlin eintreffen und sich von dort nach Genf begeben. Litwinow gab der Ansicht Ausdruck, daß die schwierigen politischen Probleme, vor denen die Abrüstungskonferenz stehe, nur durch die ernste Zusammenarbeit aller Völker gelöst werden könnten. Die Sowjetunion sei bereit, abzurüsten.

Wie weiter verlautet, wird Litwinow besondere Vollmachten für eventuelle Verhandlungen mit der englischen Delegation erhalten, in denen die Frage der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen England und der Sowjetunion zu erörtern wäre. Außerdem wird Litwinow zu Verhandlungen mit der Schweiz, die das gleiche Ziel haben, ermächtigt werden.

Aus der Stadt.

Münster, 21. November.

Landesarbeitsamt Münster oder Dortmund?

Der Oberbürgermeister der Stadt Münster hat an das hiesige Landesarbeitsamt sowie an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Berlin, folgendes Protestschreiben gerichtet.

„Mit lebhaftem Befremden haben wir Zeitungsnachrichten entnommen, daß das Landesarbeitsamt von Westfalen von Münster nach Dortmund verlegt werden soll. Wer vermögen einen sachlichen Grund dafür nicht einzusehen und dürfen wohl um Aufklärung über die Gründe des Beschlusses bitten.

Wir sind uns bewußt, daß wir als Stadt Münster auf die Belange des Arbeitsamtes stets sehr weitgehende Rücksicht genommen haben. Insbesondere haben wir noch in unserer letzten Sitzung wieder dem Antrage auf Einräumung weiteren umfangreichen Arbeitsraumes trotz der in Münster herrschenden großen Wohnungsnot ohne weiteres zugestimmt. Wir glauben auch, daß aus rein sachlichen Gründen das Landesarbeitsamt für Westfalen viel richtiger in Münster läge als in Dortmund, einmal weil Dortmund zwar ein gewisses Zentrum der Großindustrie ist, aber bei weitem nicht das einzige und auch nicht das bedeutendste, dann aber vor allen Dingen, weil Münster doch nicht nur den Vorteil bietet, daß sämtliche Provinzialbehörden, mit denen doch das Landesarbeitsamt häufig zu tun haben wird, in Münster ihren Sitz haben, sondern auch deshalb, weil die Stadt Münster mitten in einem viel größeren Industriebezirke liegt, in dem Arbeiter der verschiedensten Berufe wohnen und schaffen, nämlich inmitten eines großen Bezirkes des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, der Kohlen- und Eisenindustrie im Süden und Westen, der Textilindustrie im Nordwesten und Norden, der Kohlen-, Kupfer- und Eisenindustrie von Ibbenbüren und des Osnabrücker Landes im Nordosten und der Zementindustrie bei Lengerich und Ahlen im Osten. Der Ausgleich der Arbeitskräfte zwischen den Bezirken war von Münster aus wesentlich leichter zu bewerkstelligen als von Dortmund aus.

Wir dürfen wohl annehmen, daß die Frage nochmals geprüft und auf die berechtigten Belange nicht nur der Stadt Münster, sondern auch der gesamten Arbeiterschaft von Westfalen Rücksicht genommen wird.

Daß wir nach wie vor bereit sind, den Wünschen des Landesarbeitsamtes entgegen zu kommen, soweit es nur irgend möglich ist, hat wohl unser bisheriges Entgegenkommen als sicher erscheinen lassen."

gez. Dr. Dr. h. c. Sperlich.

*

Wir möchten wünschen, daß die Bemühungen des Oberbürgermeisters der Stadt Münster das Landesarbeitsamt zu erhalten, von Erfolg wären. In dem Protestschreiben ist trefflich hervorgehoben, daß sachliche Gründe für eine Verlegung nicht in Frage kommen. Soweit wir unterrichtet sind, ist eine endgültige Entscheidung noch keineswegs gefallen. Daß alle zuständigen Organisationen die Bemühungen des Oberbürgermeisters kräftig unterstützen, dürfte selbstverständlich sein. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung kann sich nicht ohne weiteres über die Einwände, die Münster berechtigterweise gegen die Verlegung ins Feld führt, hinwegsetzen. #

✣ **Kirchliche Ernennungen.** Ernannt sind: Pfarrer Bernhard Coesfeld zu Hasum zum Definitor im Dekanat Goch; Pfarrer Franz Faßbender zu Hartefeld zum Pfarrer in Borst; Kaplan Jakob Brimmers zu Duisburg-Ruhrort zum Pfarrer in Goch.

○ **Kraftlinie Münster—Ottmarsbocholt.** Nachdem die Fahrbahn auf der Fahrstrecke Hiltrup—Amelsbüren instand gesetzt ist, verkehrt die während dieser Arbeiten ab 27 Oktober auf die Strecke Hauptbahnhof—Weseler Straße—Kappenberger Damm—Wiedau—Amelsbüren umgeleitete Kraftpostlinie Münster—Senden—Ottmarsbocholt vom 21. November ab wieder auf der planmäßigen Linie Münster (Hauptbahnhof)—Hiltrup—Amelsbüren—Wiedau—Haus Kannen—Senden—Ottmarsbocholt.

✣ **Vorläufig Schluß mit der Gründung von Kindererholungsheimen!**

Der Regierungspräsident von Münster hat unterm 19. November 1927 folgende Rundverfügung betreffend Errichtung neuer Kindererholungsheime an die Landräte und Oberbürgermeister seines Bezirks gerichtet:

„In den letzten Jahren sind Kindererholungsheime in so großer Zahl gegründet worden, daß viele Heime nicht mehr voll belegt, also wirtschaftlich nicht mehr ganz ausgenutzt werden können. Nach einer mir vorliegenden Statistik hatten zehn Heime nicht einmal die Hälfte davon und einige davon nicht einmal ein Drittel oder gar ein Viertel der Pflegetage aufzuweisen, die sie unter Berücksichtigung ihrer Bettenzahl während des Jahres leisten konnten. Daher ist es im Interesse vernünftiger Planwirtschaft zur Ersparung öffentlicher Mittel geboten, daß mit der Gründung von Kindererholungsheimen zunächst Schluß gemacht wird. Ich bitte deshalb, von dem Bau und der Einrichtung von Kindererholungsheimen einstweilen abzusehen. Keinesfalls ist, falls neue Kindererholungsheime eingerichtet werden sollen, mit behördlichen Zuschüssen zu rechnen. Auch würde ich mich gegen die Genehmigung etwaiger für solche Zwecke bestimmter Anleihen aussprechen müssen."

Dritter Deutscher Kongreß für alkoholfreie Jugenderziehung.

Auf dem Kongreß wurde folgende Entschließung gefaßt:

Die zum dritten Deutschen Kongreß für alkoholfreie Jugenderziehung im Langenbeck-Virchow-Haus in Berlin versammelten Männer und Frauen aller Stände, Weltanschauungen und Lebensalter erkennen in den drohenden Gefahren des ständig zunehmenden Alkoholverbrauchs mit seinen erschreckenden Folgen eine Quelle der Verführung und eine Verminderung der sittlichen und gesundheitlichen Kraft unserer Jugend.

Sie sehen in dem Alkoholgenuß junger Menschen eine Schädigung für deren körperliche, geistige und sittliche Entwicklung, in der Teilnahme an den Trinksitten und am Wirtshausbesuch eine verhängnisvolle Gewöhnung an den Alkohol und eine nationale Gefahr. Sie fordern daher vom Deutschen Reichstag und der Reichsregierung den mit großer Mehrheit gefaßten Beschluß vom 18. Februar 1925, daß ein wirksamer Schutz der Jugend in entsprechenden Bestimmungen des Reichsschankstättengesetzes geschaffen werde, zur Ausführung zu bringen. Dazu gehört:

1. Verbot des Ausschanks und Verkaufs von geistigen Getränken und branntweinhaltigen Genußmitteln an Jugendliche unter 18 Jahren in Betrieben einer Gast- und Schankwirtschaft oder im Kleinhandel.
2. Verbot des Alkoholausschankes für Turn-, Spiel-, Sport- und Badeplätze, und
3. Verbot der Verabreichung für Schul- und Jugendfeste und für Sportfeste, an denen Jugendliche beteiligt sind.
4. Pflichtgemäße Zuziehung des Jugendamtes zu allen Entscheidungen über Schankerlaubnisgesuche.

Zur wirksamen Durchführung eines solchen Gesetzes bedarf es der Mitwirkung der Jugend selbst. Sie soll durch Erziehung und Aufklärung in Haus und Schule erstrebt werden.

Die Versammelten fordern daher die Einführung der alkoholfreien Jugenderziehung für alle Schulen und die Belehrung über den Alkohol in allen Unterrichtsfächern. Sie fordern eine entsprechende Ausbildung und Fortbildung der Lehrer durch Abhaltung von Kursen seitens der Regierung. Sie fordern für die Uebergangszeit eine vermehrte Anstellung von Wanderlehrern in allen Ländern und Provinzen zur Unterstützung der im Klassenunterricht erteilten Aufklärung.

Aus den Provinzen.

Etatspositionen für Westfalen.

⊜ **Münster,** 19. Nov. Im Kultusetat sind für die Universität Münster als erster Teilbetrag für die instrumentelle und apparative Ausstattung der psychiatrischen und Nervenklinik 20 000 Mark eingesetzt. Außerdem werden ausgeworfen 60 000 Mark für den Neubau eines Dienstwohnungsgebäudes beim Gymnasium Coesfeld. Der Haushalt des Justizministeriums sieht vor: 120 000 Mark für den Erstabau eines amtsgerichtlichen Geschäftsgebäudes in Dorsten sowie 600 000 Mark für den Neubau des Amtsgerichtsgebäudes und Untersuchungsgefängnisses in Hamm.

✣ **Ostbevern,** 19. Nov. (Der landw. Ortsverein) hielt am Donnerstag im Saale der Wirtschaft Wilhelm Althoff eine gutbesuchte Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Schulze Althoff begrüßte die Erschienenen, besonders die beiden Referenten Direktor Tillmann und Tierarzt Dr. Esser. Direktor Tillmann verbreitet sich in einem längeren, sehr interessanten Vortrage über das Thema: „Maßnahmen zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion". Die lehrreichen Ausführungen fanden reichen Beifall und die anschließende Diskussion zeigte, wie notwendig die Besprechung dieser Fragen ist. Darauf referierte Dr. Esser über das Thema: „Die Maul- und Klauenseuche, ihre Entstehung und Auswirkung, vorbeugende und lindernde Maßnahmen bei Ausbruch der Seuche". Da der Redner im vergangenen Jahre längere Zeit im Auftrage des Staates in Schleswig-Holstein und in der Mark Brandenburg sich ausschließlich mit der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche befaßt hat, konnte er dieses Thema so erschöpfend behandeln, daß der Vortrag für die gesamten Versammlungsteilnehmer nicht nur sehr interessant, sondern auch äußerst lehrreich und nutzbringend war. Der starke Beifall und die anregende Diskussion bewiesen dem Redner, wie dankbar und mit welch großem Interesse seine Worte aufgenommen wurden. Aus der Versammlung wurde der Wunsch laut, der Redner möge bei nächster Gelegenheit einmal über die Tuberkulose bei Rindvieh und Schweinen und über das Tuberkulose-Tilgungsverfahren sprechen. Dr. Esser versprach gerne, diesem Wunsche nachzukommen.

♂ **Altenberge,** 19 Nov. (Der Züchterverein Altenberge, Greven, Nordwalde) hielt am Freitag im großen Saale von Ww. Stöveken eine Mitgliederversammlung ab, die nur schwach besucht war. Der Vorsitzende Scheibler begrüßte die erschienenen Mitglieder und die Redner des Tages und gedachte dann des verstorbenen Mitgliedes Rottmann aus Greven, dessen Andenken in der üblichen Weise geehrt wurde. Es folgte nun ein Vortrag von Direktor Borgerding aus Burgsteinfurt über Saatgutveredelung und Beizung. Ein anwesender Vertreter der Firma Ludwig Meyer-Mainz, welche Beizmittel herstellt, sprach kurz über Trockenbeize. Dann redete Diplomlandwirt Dr. Berendes aus Burgsteinfurt über neuzeitliche Bodenbearbeitung und als letzter Zuchtinspektor Lampe aus Münster über Rindviehzucht unter Vorführung von Lichtbildern. An alle Vorträge schlossen sich längere Besprechungen an. Der Jahresbeitrag wurde auf 4 Mark festgesetzt. Um 7 Uhr schloß der Vorsitzende mit Worten des Dankes und der Hoffnung die Versammlung.

‡ **Coesfeld,** 19. Nov. (Landwirtschaftliche Versammlungen.) Der Milchkontrollverein Coesfeld versammelte sich am Freitag bei Reddemann an der Großen Kapelle zur Generalversammlung. Als Vorsitzender stand Schulze Bertelsbeck der Versammlung vor. Nachdem die Eingänge bekanntgegeben worden waren, gab der Schriftführer Steenrücker-Gaupel einen ausführlichen Bericht über den Stand der Kasse. Aus der Versammlung wurden die Mitglieder Reddemann-Gaupel und Haardt-Stockum zu Kassenprüfern bestellt und nach Prüfung dem Schriftführer Entlastung erteilt. Es wurde der Wunsch nach einem zweiten Kontrolverein vorgetragen, dazu liegen schon mehrere Anmeldungen vor. Oberkontrollassistent Becker von der Landwirtschaftskammer Münster führte in einem längeren Referate in die Gedankengänge und Geschichte der Milchkontrollvereine ein. Den Abschluß des Coesfelder Milchkontrollvereins bezeichnete der Redner als gut und rentabel und ging im einzelnen auf die Konten ein. Die Aussprache befaßte sich eingehend mit den Milchpreisen. Nach der Versammlung wurde der Elitebulle des Rindviehzuchtvereins Coesfeld besichtigt. Zuchtinspektor Schräder sagte in der Beurteilung, daß der Bulle sich sehr zu seinem Vorteile entwickelt habe. — Darauf tagte der Rindviehzuchtverein. Der Kassenbericht, der vom Geschäftsführer Karl Reddemann erstattet wurde, wies in Ausgaben und Einnahmen gleiche Zahlen auf. Dem Geschäftsführer wurde Entlastung erteilt. Zuchtinspektor Schräder von der Landwirtschaftskammer Münster sprach in längerem Vortrage über die Aufzucht der Jungtiere. In der Aussprache gab Dr. Deermann beachtenswerte Vorschläge und Ratschläge aus der Praxis. Schulze Ehring, der der Versammlung vorstand, dankte den Rednern für ihre Mitarbeit.

✣ **Tüllinghoff,** Kr Lüdinghausen, 20. Nov. (Goldenes Ehejubiläum) feiern heute in voller geistiger und körperlicher Frische die Eheleute Bahnwärter Franz Kücking. Aus diesem Anlaß war das Jubelpaar Gegenstand öffentlicher und kirchlicher Ehrungen. Mit Treue und Gewissenhaftigkeit verwaltete der Jubilar als Bahnwärter nahezu ein halbes Menschenalter den Posten 24 in unserer Bauerschaft.

⚷ **Dorsten,** 18. Nov. (Vom Zuge überfahren.) Der Bauschreiner Bernhardt Wessing aus Lembeck, der anscheinend im betrunkenen Zustande auf den Bahnkörper des Rangierbahnhofes in Rhede gelangt, dort gefallen und liegen geblieben war, wurde von dem Frühzug überfahren. Die Leichenteile wurden von Bahnbeamten zwischen den Gleisen des Bahnhofes gefunden.

Beckum, 19. Nov. (Ein Autodieb) Gestern nachmittag wurde der hiesigen Polizei mitgeteilt, daß auf der Stromberger Straße ein Personenkraftwagen mit dem Hamburger Abzeichen halte, der eine Panne gehabt habe. Da der Führer, der sich angeblich auf der Fahrt von Hamburg nach Düsseldorf befinde, kein Werkzeug bei sich habe, sei die Sache verdächtig. Eine Viertelstunde später kam der Wagen durch Beckum gefahren. Als der auf dem Markt diensttuende Polizeibeamte den Führer aufforderte, zu halten, versuchte dieser zunächst zu entkommen. Doch wurde er zum Halten gezwungen. Bei der Vernehmung wurde dann festgestellt, daß das Auto auf dem Alster Damm in Hamburg gestohlen wurde. Bei dem Dieb handelt es sich um den Automechaniker Walter Jakober aus Hamburg. In seiner Begleitung befand sich eine 29jährige Näherin, die ebenfalls aus Hamburg stammt. Beide wurden verhaftet und ins Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. (Glocke.)

⊙ **Gladbeck,** 18. Nov. (Der Zweckeler Postraub aufgeklärt) Die Bottroper Kriminalpolizei hat die beiden Brüder Georg und Paul Halamba aus Polnisch Oberschlesien festgenommen, die ihnen zahlreiche Schwindelmanöver in Bottrop und anderen Orten nachweisen konnte. Bei der Gegenüberstellung der beiden mit der Postgehilfin Belgner aus Zweckel und der überfallenen Filialleiterin Wischermann aus der Johannesstraße erkannten beide Mädchen in Georg Halamba die Person wieder, die sowohl den Raubüberfall auf die Postanstalt in Gladbeck-Zweckel, bei dem dem Räuber 6000 Mark in die Hände fiel, als auch den Raubüberfall in der Johannesstraße in Gladbeck verübt hatte. Die bei dem zweiten Überfall erbeutete braune Ledertasche wurde in der Wohnung des Halamba aufgefunden. Über den Verbleib des vom Postraub herrührenden Geldes besteht noch Unklarheit. Einen erheblichen Teil dürften die beiden Räuber bei dem ausschweifenden Lebenswandel, den sie führten und durch den sie verdächtig wurden, ausgegeben haben.

Vermischtes.

Die Tscherwonetz-Fälschungen.

✣ **Berlin,** 19. Nov. Wie ein Berliner Korrespondenzbüro meldet, nehmen die Untersuchungen in der Frankfurter Fälscheraffäre sehr großen Umfang an, da trotz angestrengter Tätigkeit aller Behörden die Vorgänge und die Beziehungen des Georgiers Sadathierraschwili zu gewissen Kreisen des Aus- und Inlandes erst noch näher aufgeklärt werden müssen. Die Ermittlungen gehen von der Staatsanwaltschaft I in Berlin aus. Die Verhafteten sind hauptsächlich aus dem Grunde nach Berlin gebracht worden, weil hier zuerst die Betrügereien aufgedeckt werden konnten und weil die Festgenommenen fortwährend verhört werden müssen. Zunächst ist heute schon festgestellt, daß der Georgier Sadathierraschwili schon seit langer Zeit sich mit den Fälschungen abgegeben hat, die ihren Ursprung offenbar in Frankreich genommen haben. Bevor in Deutschland die Fälschungen begannen, sind in Paris bereits Falsifikate aufgetaucht, ohne daß es damals gelang, die Zusammenhänge restlos zu klären. Der Georgier hat sich jedoch zweifellos, als ihm der Boden in Paris zu heiß wurde, nach Deutschland gewandt, um hier die begonnenen Fälschungen fortsetzen zu können. Sadathierraschwili hat sich längere Zeit in Berlin aufgehalten, machte sich hier jedoch nicht strafbar, obwohl gewisse Spuren darauf hindeuteten, daß er mit den Fälschern in Frankreich in Verbindung stehen müsse. Sein Helfershelfer Dr. Weber aus München hat seine Beziehungen dazu benutzt, um Sadathierraschwili mit einem Frankfurter Freunde, einem Dr. Rakette, in Verbindung zu bringen. Dr. Rakette hat dann wiederum die Verbindung zwischen dem Georgier und dem Buchhändler Böhle zustandegebracht. Hofrat Rakette ist in Wohlau bei Breslau verhaftet worden.

Wie die Telegraphen-Union von zuständiger Stelle erfährt, handelt es sich in dieser Angelegenheit lediglich um folgendes: Es sind in der Buchdruckerei Böhle, Frankfurt a. M., 18 Kisten Papier mit Wasserzeichen beschlagnahmt worden, die zum Fälschen russischer Tscherwonetz verwandt werden sollten. Eine vorgefundene Kiste fertiger Fälschungen ist aus dem Ausland eingeführt, aber nicht in Deutschland gefärbt worden. Man ist rechtzeitig den Betrugsvorbereitungen auf die Spur gekommen.

* **Ausschreitungen im westdeutschen Binnenschiffahrtsstreik?** Essen, 19. Nov. Im Streik der westdeutschen Binnenschiffahrt ist es nach einer Meldung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" in den letzten Tagen zu erheblichen Ausschreitungen gekommen. Die Arbeitswilligen der Schiffsmannschaft sind an der Ausführung ihrer Arbeit unter Androhung großer Tätlichkeiten gehindert worden. Schleppstränge von Fahrzeugen wurden losgerissen oder zerschnitten und die zu schleusenden Schiffe zurückgeschickt. Unter den bemächtigten Schiffen befanden sich aus ausländische. Auch Lebensmittelschiffe zur Versorgung der Stadtbevölkerung sind an der Weiterfahrt verhindert worden, so daß die Gefahr besteht, daß Weißzucker, Getreide- und Mehlladungen bei längerer Lagerung verderben. Der polizeiliche Schutz der Arbeitswilligen wird als unzureichend bezeichnet.

* ⊙ **Die Schuldverschreibungen der Leipziger Straßenbahn** werden aufgewertet. Leipzig, 19. Nov. Der Rat der Stadt Leipzig hat beschlossen, die von den früheren Leipziger Straßenbahngesellschaften ausgegebenen Schuldverschreibungen als Industriebligationen nach den Bestimmungen des Aufwertungsgesetzes aufzuwerten mit der Maßgabe, daß die dem Altbesitz einzuräumenden Genußrechte bis zu 50 Prozent ihres Nennwertes bar abgelöst werden. Zustimmung der Stadtverordneten ist erforderlich. Die von der Stadt im Jahre 1919 ausgegebene sogenannte Straßenbahnanleihe ist nach den Bestimmungen des Ablösungsgesetzes aufzuwerten.

* ⚷ **Mißglückter Stapellauf.** Flensburg, 19. Nov. Der Stapellauf des im Auftrage der Hamburg-Amerika-Linie auf der Neuen Werft erbauten Dampfers ist mißglückt. Das Schiff blieb auf den Helligenstecken, anscheinend infolge des starken Frostwetters. Wann der endgültige Stapellauf vorgenommen werden kann, steht noch nicht fest.

* **Eine Million tschechischer Kronen unterschlagen.** Prag, 19. Nov. Der Präsident der Filiale Pilsen der tschechoslowakischen Nationalbank, Khun, wurde verhaftet, weil er von mehreren Personen größere Geldbeträge für Börsenspekulationen in Empfang genommen hatte, ohne die Aufträge auszuführen. Die Höhe der veruntreuten Gelder soll eine Million Kronen erreichen.

* **Hungersnot in Schantung und Tschili.** London, 19. Nov. Das internationale Hilfskomitee gegen die Hungersnot in Peking hat Mitteilungen erhalten, wonach die Hälfte der Provinz Schantung und ein Teil von Südtschili als Folge der schweren Kriegsverwüstungen und des Bandenunwesens von einer schweren Hungersnot heimgesucht ist. Die Anpflanzungen betragen in einem sehr großen Bezirk nur zehn Prozent des normalen Standes. In Schantung allein sind neun Millionen Personen von der Hungersnot bedroht.

* ⊙ **Eine ganze Stadt verkauft.** London, 19. Nov. Lord Derby hat gestern Bootle, eine Stadt mit 22 000 Häusern, zum Preise von 1 750 000 Pfund Sterling verkauft. Mit Ausnahme der Docks gehörte ihm die ganze Stadt.

* **Zwanzig Menschen von Wölfen zerrissen.** Peking, 20. Nov. An der chinesisch-mongolischen Grenze wurden mehrere chinesische Dörfer von Wölfen, die in einem Rudel von etwa zweihundert Tieren auftraten, schwer heimgesucht. Sechzehn Bauern und vier Kinder wurden von den Wölfen zerrissen. Zur Vertreibung der Raubtiere wurde Militär aufgeboten.

* ⚷ **14 Todesopfer des Tornados in Washington.** New-York, 19. Nov. Der Tornado, der in der Nacht zum Freitag und am Freitag morgen die Stadt Washington und die Gegend östlich des Mississippi heimsuchte, hat nach den letzten Berichten 14 Todesopfer gefordert. Der Schaden beläuft sich auf Millionen von Dollars. Im Osten verursachte der Tornado längere Störungen der Elektrizitätsversorgung. Sieben Personen verloren ihr Leben und über 100 wurden verletzt, der größte Teil von ihnen in Washington. Die Not in den überschwemmten Gebieten nimmt ständig zu. Über Chicago ging ein Blizzard hinweg, der auch das nördliche Illinois und den Süden Wisconsins heimsuchte und andere Staaten berührte. Die Zahl der Toten beläuft sich hier auf fünf, davon drei in Chicago. Eine Hilfsaktion wurde sofort eingeleitet.

* ⚷ **Schweres Dampferunglück.** Newyork, 18. Nov. Der Dampfer „Jakob Luckenbach" ist infolge einer Explosion gesunken. Von den an Bord befindlichen Arbeitern wurde einer getötet, 35 andere zum Teil schwer verletzt.

* **Explosion einer Torpedofabrik.** Coffeyville (Kansas), 18. Nov. Durch die Explosion von 300 Quart Nitroglycerin sind die Anlagen der Independence Torpedo Company bei Jefferson zerstört worden. Sämtliche Gebäude im Umkreis von über 30 Meilen wurden erschüttert. Da der Explosion ein Brand vorausging, hatten sich die Angestellten rechtzeitig flüchten können. Es wurde niemand verletzt. Die Farmer der Umgebung flohen, von Panik ergriffen, aus ihren Häusern.

Wetterdienst des Münsterischen Anzeigers

verantwortlich bearbeitet von Walter Lammert, Münster.



Allgemeine Wetterlage Sonntag nachmittag.

Die Luftdrucklage zeigt im allgemeinen wenig Änderung, nur hat sich das Hochdruckzentrum über Nordosteuropa weiter gefestigt und seinen Bereich noch mehr nach Süden und Westen verbreitet. Die ozeanischen Depressionen entwickeln nach Südeuropa, namentlich zum Alpengebiet hin, stärkere Ausläufer, infolgedessen drehen die Winde in den unteren Schichten nach Osten vollkommen herum und fließen, da die Luftdruckgegensätze recht groß sind, entsprechend sehr rasch und in großem Umfange aus Osteuropa Kälte heran. — Weitere Depressionsausläufer ziehen heran, so daß wir neben Kälte auch Niederschläge erwarten müssen, die vermutlich in Schnee bestehen dürften, aber unter Umständen trotz Frostwetters auch in Regen niedergehen können. — Über die Ursache dieser abnormen Erscheinung sprechen wir unten.

Aussichten für Montag.

Fortdauer des Frostwetters bei scharfen östlichen Winden, Neigung zu Schnee.

Wetterlage Münster, Sonntag, 20. November, 19 Uhr.

Temperatur im Schatten: —1,5 Grad Celsius, höchste von gestern: + 0,5 Grad Celsius, tiefste der Nacht: —2,3 Grad Celsius, Bodenwindrichtung: O., Stärke: 6, Stundengeschwindigkeit: 45 Klm. = 12 Sekundenmeter bzw. 27 Kfg. Winddruck auf 1 Quadrotmeter Fläche, Höhenwinde: Cirren aus SW., Witterung: Bewölkt, Barometerstand: 757 M lim., Tendenz: Fallend Niederschlagsergebnis: 3,8 Millim. = 3,8 Liter Wasser auf 1 Quadratm. Fläche, Sicht: Bis 40 Klm. Luftlinie (14 Uhr taxiert).

Wann kann es regnen bei Frosttemperatur?

Allgemein überraschte am Samstag voriger Woche der trotz Temperatur unter Null eintretende Regen. — Es wehte an diesem Tage über dem Erdboden bis in etwa 300 Meter Höhe eine frostkalte O-strömung, während oberhalb der 500 Metergrenze milde Temperatur von mehreren Graden über Null war, die von einer Südostströmung aus Südeuropa hergetragen wurde. Der aus sehr hohen Wolken fallende Niederschlag mußte diese Warmluftschicht durchqueren und erhielt auf diese Weise flüssige — also Regen — Form. Mitunter tritt auch tag Eisregen ein, nadelkopfgroße Eiskörner. Der Zusammenhang ist in dem Falle der, daß die untere Kaltluftströmung, die der Regen zu durchqueren hat, so kalt und so dick ist, daß der Regen zu Eis gefriert. Im übrigen hat man schon Regenfälle bei 3—5 Grad Kälte in Deutschland beobachtet.

Handel und Volkswirtschaft.

Baumwollnotierungen.

tu **Liverpool,** 19. Nov. (Tel) Schluß. Dez. 10.43, Jan. 10.44, März 10.42, Mai 10.42, Juli 10.34, Okt. 10.01, Tendenz ruhig. Umsätze 5000.

tu **Newyork,** 19. Nov. (Tel.) Eröffnung. Dez. 19.34—19.36, Jan. 19.42—19.46, März 19.63—19.65, Mai 19.79—19.81, Juli 19.69—19.70, Okt. 19.13—19.14 Tendenz stetig.

tu **Newyork,** 19. Nov. (Tel.) Zweites. Dez. 19.45, Jan. 19,53, März 19.74, Mai 19.88 Juli 19.76, Okt. 19.18, Tendenz stetig.

tu **Newyork,** 19. Nov. (Tel.) Schluß. Dez. 19.38—19.38, Jan. 19.40—19.46, März 19.62—19.66, Mai 19.77—19.82, Juli 19.65—19.67, Okt. 19.08—19.14 Tendenz: kaum stetig. Loco 19.80.

tu **New-Orleans,** 19. Nov. (Tel.) Schluß. Dez. 19.57—19.58, Jan. 19.68—19.70, März 19.84—19.87, Mai 19.90—19.92, Juli 19.78—19.79, Okt. 19.08. Tendenz: stetig Loco 19.58.

tu **New-Orleans** 19. Nov. (Tel.) Eröffnung. Dez. 19.43, Jan. 19.54, März 19.70, Mai 19.80, Juli —, Okt. —. Tendenz stetig.

tu **New-Orleans,** 19. Nov. (Tel.) Zweites. Dez. 19,60, Jan. 19.70, März 19.86, Mai 19.97, Juli 19.70, Okt. 19.05. Tendenz gut behauptet.

Hundesport.

Die ersten Windhundrennen in der Westfalenhalle.

Im Rahmen des Hallensportfestes des Verbandes Westdeutsche Sportpresse in der Dortmunder Westfalenhalle am 10. Dezember, veranstaltet der Kölner Windhund-Rennverein e. V. 3 Flach- und 3 Hürden-Rennen für Basats (große russische Windhunde), Greyhounds (große englische Windhunde) und Whippets (kleine englische Windhunde). Die Flachrennen werden um den „Preis des Winterfavoriten 1927" gelaufen. Zugelassen sind nur solche eingetragene Windhunde (Rüden und Hündinnen, die in der Rennsaison 1927 mindestens 3 Rennsiege errungen haben. Die Rennen sind mit wertvollen Ehrenpreisen ausgestattet. Startgeld wird nicht erhoben. Meldungen, welche Name, Alter